

CDU-Rat fordert Steuerentlastung

"Im Wahljahr nicht ausruhen" / Umfrage unter Mitgliedern

rike. BERLIN, 19. Dezember. Dem Wirtschaftsrat der CDU gehen die Beschlüsse der eigenen Partei für den Bundestagswahlkampf nicht weit genug, vor allem in der Steuerpolitik. Auf dem CDU-Parteitag Anfang Dezember hatten die Delegierten zwar beschlossen, dass es in der nächsten Legislaturperiode keine Steuererhöhungen geben soll - und dass Steuermehreinnahmen zu gleichen Teilen für Investitionen, Steuersenkungen für "Familien und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen" und "zur Finanzierung von notwendigen Ausgabensteigerungen" genutzt werden sollen. Die Mitglieder des Wirtschaftsrates aber haben weitergehende Wünsche. Das geht aus der noch unveröffentlichten Jahresumfrage des Verbands hervor, die dieser Zeitung vorliegt.

So hat für fast 70 Prozent der Befragten die Abschaffung des Solidaritätszuschlags hohe Priorität - für CDU-Finanzminister Wolfgang Schäuble bislang dagegen eher nicht. Es existiert nicht mehr als ein Vorschlag, den "Soli" von 2020 bis 2030 in kleinen Schritten abzubauen. 80 Prozent der Befragten halten auch eine Verringerung der progressiven Steigerung der Einkommensteuer für besonders wichtig. Der "Mittelstandsbauch" führt dazu, dass bei mittleren Einkommen die Steuerlast mit jedem zusätzlich verdienten Euro stark steigt. Ebenfalls auf der Wunschliste des Verbands, in dem rund 11 000 Unternehmen, Führungskräfte und Selbständige organisiert sind: Der Spitzensteuersatz soll erst von einem höheren Einkommen an gelten, und Familien sollen einen höheren Kinderfreibetrag bekommen.

"Angesichts der sprudelnden Steuereinnahmen erwarten unsere Mitglieder deutliche Steuererleichterungen", sagte Wolfgang Steiger, der Generalsekretär des Wirtschaftsrates, dieser Zeitung. Die Steuereinnahmen stiegen von Rekord zu Rekord; in solchen Zeiten müssten trotz Schuldenabbau und Investitionen "Entlastungen für die Leistungsträger unsres Landes möglich sein".

In der Rentenpolitik pocht der Wirtschaftsrat auf eine Kopplung des Renteneintrittsalters an die steigende Lebenserwartung. Dafür gibt es in der CDU durchaus Sympathie, aber keinen Beschluss. Steiger nannte eine entsprechende Regelung die "einzige nachhaltige und generationengerechte Lösung". Bei einem "rentenpolitischen Überbietungswettbewerb der Parteien" hingegen könnten alle nur verlieren. Nicht einmal jeder Fünfte in den Reihen des Wirtschaftsrates hält es für eine gute Idee, dass Deutschland beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle einnimmt - ohne Rücksicht auf die Kosten. Stattdessen plädieren fast 60 Prozent für eine Kosten-Nutzen-Analyse der Klimainstrumente. "Deutschland kann nicht weiter vorausfahren, wenn wir kaum mehr jemanden im Rückspiegel sehen", warnte Steiger.

Im Umgang mit Großbritannien plädiert die Mehrheit für harte Brexit-Verhandlungen. In der Flüchtlingspolitik sprechen sich drei von vier Befragten für ein Einwanderungsgesetz und mehr qualifizierte Zuwanderung statt ungesteuerter Immigration aus. Mit Blick auf 2017 warnte Steiger davor, das Regieren wegen des Wahlkampfes einzustellen: "Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit hat sich im Vergleich der Industrieländer in diesem Jahr wieder verschlechtert. Deshalb kann die Politik im Wahljahr nicht ruhen."

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt.